

Podiumsdiskussion zum Thema "Nachhaltige öffentliche Beschaffung"

Moderation: Anneheide von Biela (AvB)

Podiumsteilnehmer/innen:

- Silvia Hesse (SH), Agenda 21-Büro der Landeshauptstadt Hannover
- Thorsten Schmidt (TS), Senatorin für Finanzen des Hansestadt Bremen
- Christopher Duis (CD), Geschäftsführer des Bremer Entwicklungspolitischen Netzwerks

-

(Es folgt eine sinngemäße, keine wörtliche Wiedergabe der Diskussion.)

AvB: Frau Hesse, wie wirkt das Bremer Beispiel auf Sie?

SH: Es ist schön zu sehen, dass es erfolgreiche Schritte zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung gibt. Durch das Zusammenwirken von NGOs und Verwaltung erhält der Prozess eine hohe Verbindlichkeit. So lässt sich Erreichtes nicht so leicht wieder zurücknehmen.

AvB: Wie sieht es in Hannover aus?

SH: In Hannover sind wir jetzt dabei, die Millennium-Entwicklungsziele und der Faire Handel neben dem Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit stärker in die Beschaffungsentscheidungen einzubeziehen. Dazu wird gerade ein Konzept entwickelt.

Bei den ökologischen Aspekten der Beschaffung sind wir schon gut. Jetzt wollen wir das ausbauen. Wir haben zwei Arbeitsgruppen eingerichtet, die ämterübergreifend besetzt sind. Außerdem haben wir uns Expert/innen dazu geholt, die uns beraten können. Das Konzept wird an alle Ämter in der Stadt geschickt und es wird um Stellungnahme gebeten. Probleme werden dann im persönlichen Gespräch diskutiert. Ansonsten prüfen wir die Vorschläge und beziehen sie wo möglich in das Konzept ein.

AvB: Gibt es eine Ausschlussbedingung, wo Sie sagen würden, hier lohnt es sich nicht, einen Prozess zur nachhaltigen Beschaffung zu initiieren?

CD: So ein Ausschlusskriterium gibt es nicht. Es geht immer darum, sich Partner zu suchen und Allianzen zu schmieden. In NGOs, in der Verwaltung und in der Politik gibt es überall Menschen, die das Thema wichtig finden. Es wird jetzt überall beachtet. Es mag regional schwierige Ausgangssituationen geben, aber da sind wir gern bereit zu unterstützen.

TS: Wichtig ist vor allem, dass die gesamte Verwaltung eingebunden wird. Sozial-ökologische Beschaffung ist ein gutes Thema, um das Einkaufsmanagement insgesamt voran zu bringen. Über Interessen und Perspektiven muss intensiv diskutiert werden. Nachhaltigkeit in der Beschaffung darf nicht mehr als "nice-to-have"-Kriterium angesehen werden, sondern muss Verbindlichkeit bekommen.

CD: Das Thema kommt oft aus der NGO-Ecke, wird von dort angeregt. Aber es ist von zentraler Bedeutung, dass es bei den Entscheidern, den Beschaffern, in der Breite Fuß fasst und nicht in der Nische bleibt.

AvB: Wenn das Thema aus der Agenda 21-Ecke kommt, damit haben Sie Erfahrung, Frau Hesse. Klappt das?

SH: Bei uns in Hannover ist das Agenda-21-Büro im Umwelt- und Wirtschaftsdezernat angesiedelt. Das heißt wir haben schon zwei wichtige Felder im Boot. Die anderen Ressorts haben wir dazu geholt. Durch ein Projekt einer berufsbildenden Schule wurde das Thema noch mehr gepusht. Etwa

900 Schülerinnen und Schüler haben eine Infokampagne in der Stadt durchgeführt. Damit haben sie viel Aufmerksamkeit erregt und das Thema nachhaltige Beschaffung ins Rampenlicht befördert. Das war sehr hilfreich.

AvB: Das knüpft an das Thema Ressourcen an. Woher kommen die Ressourcen für die Installation einer nachhaltigen Beschaffung ?

TS: Bei uns in Bremen müssen die Bordmittel reichen - auch wenn externe Profis sicher manchmal hilfreich wären. Aber deshalb sind die Netzwerke so wichtig. Wir arbeiten zum Beispiel auch mit dem BUND zusammen. Professor Horn [Prof. Dr. Helmut Horn ist Vorsitzender des BUND LV Bremen. Er lehrt an der Hamburger Hochschule für angewandte Wissenschaften HAW im Bereich Maschinenbau und Produktion u.a. das Lehrgebiet Werkstoffkunde.] hat von 150 Leuten einen Vortrag über Büropapier gehalten. Natürlich gibt es auch Fördetöpfe, aber die anzuzapfen ist sehr aufwendig.

CD: Wenn sich herausstellt, dass für das, was passieren soll, mehr Kapazitäten und Kompetenzen gebraucht werden, als vorhanden sind, dann muss das finanziert werden. Nur auf ehrenamtliche Unterstützung zu setzen geht auf Dauer nicht. Da muss es einen politischen Willen geben - auch in schwierigen Zeiten.

TS: Auch in Unternehmen ist der Einkauf in der Vorstandsetage angekommen.

SH: Mit dem Beschluss für eine nachhaltige Beschaffung sind in Hannover auch Gelder zur Verfügung gestellt worden. 20.000 Euro können für die Umstellung dort eingesetzt werden, wo es nötig ist. Aber bisher hat kaum eine Stelle Finanzmittel abgefordert. Die Stimmung ist dennoch sehr gut. Zum Beispiel hat der Betreiber der Kantine letztes stolz berichtet, dass sein Kaffee jetzt nicht nur fair-gehandelt sondern auch bio ist. Es hat sich ein kleiner positiver Wettbewerb in den Arbeitsgruppen entwickelt. Das ist auch der internen Öffentlichkeitsarbeit zu verdanken. Was noch schwierig ist, ist Nachweise für bestimmte Produktgruppen zu bekommen, z.B. bei Steinen. Da mangelt es noch sehr an Transparenz.

AvB: Was muss noch auf der politischen Ebene passieren?

CD: Wichtig wäre, dass in den Bundesverwaltungen nachhaltig beschafft wird. Außerdem müssen Ressourcen für die Umsetzung freigestellt werden. Es muss ein Aktionsplan her, eine klare Zieldefinition, wo es hin gehen soll.

SH: Ja, in Niedersachsen sollte auch auf Landesebene aktiver in dem Bereich gearbeitet werden. Das würde die Städte in dem Thema stärken.

TS: Auch die Verwaltung kann etwas dazu beitragen, dass eine nachhaltige Beschaffung voran kommt. Sie kann Standards und Strategien festlegen. Ob letztlich eine nachhaltige Beschaffung teurer ist als eine nicht-nachhaltige hängt von den Märkten ab. Da wäre eine Emanzipierung des Verwaltungsmanagements wünschenswert. Die Überlegungen müssen dann natürlich mit der Politik rückgekoppelt werden.

SH: Die Frage ist auch, was der gesetzliche Rahmen über kommunale Einkaufsgemeinschaften sagt. Da ließen sich ja viel Geld und Ressourcen einsparen. Der Rechnungshof würde sich freuen.

CD: Manchmal ist es auch nötig, dass in Ausschreibungen rechtlich Grenzen ausgetestet werden. Hier gibt es Regelungen, die entwicklungsbedürftig sind. Ein Beispiel dafür ist das Verbot der Lieferung aus Lagerleistungen. Durch mutige Ausweitung des rechtlichen Rahmens können sich neue Kriterien oft erst durchsetzen.

AvB: Was kann Norddeutschland tun?

TS: Die Konferenz der norddeutschen Länder sollte ausgeweitet werden, die Kooperation stärker genutzt und erweitert werden. Mehr Austausch wäre sinnvoll und hilfreich.

In Kommunen müssen wir in die Haushalte hinein. Was passiert mit den Geldern?

SH: Kommunen sind so unterschiedlich. Ganz häufig aber sind juristische Fragen das Thema und das Problem. Es erfordert Mut, auch unkonventionelle Weg zu versuchen.
Auch der Bund muss Hilfestellung geben!

CD: Einzelne Länder gehen in der nachhaltigen Beschaffung voran, das ist gut. Im Bereich der sozialen Kriterien muss noch nachgebessert werden, z.B. bei den Siegeln. Da ist Nachholbedarf gegenüber den ökologischen Kriterien.
Bei den NGOs gilt: Wissen teilen. Für viele ist das Thema noch neu. Hier bedarf es gegenseitiger Unterstützung.

Fragen aus dem Publikum:

Wie gehen die Länder / Kommunen bei der Beschaffung von Polizeiuniformen mit dem Nachweis von Nachhaltigkeitskriterien um? Reicht eine Eigenerklärung oder gehen sie weiter in den Anforderungen?

SH: Seit der Beschluss steht, geht Hannover über die Eigenerklärung hinaus. In der Landesbeschaffung in Niedersachsen reicht die Eigenerklärung des Herstellers.

TS: In Bremen haken wir nach, belassen es nicht bei der Eigenerklärung. Wir fragen, wie der geforderte Standard gewährleistet wird. Aber auch unser Steuerungssystem muss noch weiterentwickelt werden.

Publikumsfrage: Der Politische Durchgriff ist im Bereich der outgesourcten Dienstleistungen (Reinigung, Kantine) schwierig. Wie geht Bremen damit um?

TS: Deshalb holen wir den Bereich Reinigung zunehmend wieder in die Eigenregie. Dazu muss der Dienstleistungsvertrag geändert werden.
Wir arbeiten mit Dataport zusammen [Dataport ist der Informations- und Kommunikations-Dienstleister der öffentlichen Verwaltung der Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen sowie für die Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern, Red.], denn die Kommunen können nicht die Kontrolle machen.

Publikumsfrage: Wie sieht es in anderen Ländern mit der Kontrolle aus?

TS: Bei der Entstehung von Zertifikaten ist es interessant zu wissen, wer die Impulse wohin gibt, damit die Nachfrage befriedigt wird.

Publikumsfrage: In wieweit gibt es einen internationalen Austausch ?

TS: Wir haben einen EU-Antrag gestellt für ein Projekt, das den internationalen Austausch zu nachhaltiger Beschaffung fördern soll. Partner sind ICLEI, WEED, die Länder Spanien und Portugal.

CD: Zu Seminaren werden die Einladungen bereits im internationalen Umfeld verschickt.

Publikumsfrage: Die Handelskammer kritisiert im Zusammenhang mit nachhaltiger Beschaffung „vergabefremde Kriterien“. Wie reagiert die Wirtschaft in Hannover? Wie werden die Lieferanten in die Diskussion einbezogen?

SH: Der Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes war von Anfang an eingeladen. Die

Kampagne der Berufsschule hat ebenfalls Anknüpfungen an die Wirtschaft gebracht. Wir haben bisher gute Erfahrungen gemacht. Der Einzelhandelsverband macht z.B. auch intern Öffentlichkeitsarbeit für das Thema. aber ich schließe nicht aus, dass auch noch andere Reaktion kommen.

Publikumsfrage: In Rostock ist die Situation schwierig, weil der Senator dem Thema sehr kritisch gegenüber steht. Welche Möglichkeiten könnten wir haben, ihn umzustimmen oder sonst damit umzugehen?

CD: Der Weg geht über den öffentlichen Druck. Die Realisierung einer nachhaltigen Beschaffung muss öffentlich eingefordert werden.

SH: Wie war der politische Wille?

Fragender: Es gibt einen Beschluss für die Ächtung von Kinderarbeit, aber der wurde nicht umgesetzt. Es wird behauptet, dies sei bisher nicht nachgefragt worden.

Publikumsfrage: Welche Kontrollmechanismen gibt es, dass Nachhaltigkeitskriterien, mit denen z.B. ein höherer Preis erklärt wird, auch eingehalten werden? Wer kontrolliert? Wie wird geprüft?

TS: Das ist genau das Problem und hier müssen Verfahren entwickelt werden. Der Bund und die EU müssen aktiv werden, denn die Kommunen können das nicht leisten. Eine unabhängige, verlässliche Zertifizierung ist wichtig, die sich z.B. in Labels niederschlägt.

CD: Es gibt die Möglichkeit, Transparenz durch Online-Instrumente herzustellen. Das wird auch schon praktiziert. Es läuft so, dass alle ihr Wissen zu einem bestimmten Produkt oder einer Warengruppe zusammenlegen und öffentlich machen. Aber auf Dauer muss geklärt werden, wer die Aufgabe übernimmt, dies zu koordinieren.

SH: Bei gelabelten Produkten ist eine unabhängige Kontrolle gewährleistet.

TS: Auf Bundesebene und auf EU-ebene stehen hierzu noch Regelungen aus.

Ergänzung aus dem Publikum: Im Textilbereich gibt es z.B. die Fair Wear-Foundation, die unabhängige Kontrollen garantiert.

Publikumsfrage: Müssen Lieferanten, die den Zuschlag bei einer Ausschreibung erhalten haben, veröffentlicht werden? Und wie ist es mit der Nennung der Lieferanten der Lieferanten?

TS: Ja, die Ausschreibungsgewinner müssen in den geeigneten Medien bekannt gegeben werden. Ob das auch für Unterauftragnehmer gilt, weiß ich nicht.

AVB: Ich bedanke mich bei meinen Gesprächspartnern und meiner Gesprächspartnerin für die interessanten Einblicke in die Beschaffungspraxis.